

Atemlos ... von Krise zu Krise

Calamity Jane

Das abgelaufene Jahr 2015 war von Krisen dominiert – eine Tatsache, die einigen Fernsehmachern vermutlich nicht ganz gelegen kam, da man bereits 2014 mit großem Tamtam zum „Krisenjahr“ ausgerufen hatte. Wer sich angesichts der vielen Krisen eine gewisse Gelassenheit im Umgang mit selbigen erhofft hatte, sah sich spätestens mit Beginn der Flüchtlingskrise getäuscht. Die Aufregung ist nicht geringer, sondern größer geworden. Das ist überraschend, da sich die Aufgeregtheit der deutschen Öffentlichkeit, deren Gradmesser die *Bild*-Zeitung ist, in den vergangenen zwei Jahren bereits auf hohem Niveau befand: So wurden während der Ukrainekrise Flugzeug- oder Panzerflotten gegeneinander hochgerechnet oder düster über einen möglichen Krieg zwischen Russland und dem Westen spekuliert. Unvergessen ist auch die jüngste Eurokrise, die uns neben einem weiteren Rettungspaket zahlreiche Anekdoten über den griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis bescherte: Etwa dass er nicht im Büßerhemd, sondern in rebellischer Lederjacke zu den Sitzungen der Eurogruppe erschien und obendrein Sparvorschläge präsentierte, bei denen jeder schwäbischen Hausfrau die Haare zu Berge gestanden hätten.

Je nachdem welche Krise gerade den Nachrichtenzyklus beherrscht, wechselt das dazugehörige Feindbild. Was in der Eurokrise „die faulen Griechen“ und in der Ukrainekrise die „Putin-Versteher“ waren, sind nun die „kriminellen Flüchtlinge“. Es ist erstaunlich, wie unbekümmert dieser Tage mit solchen Zuschreibungen hantiert wird, anstatt sie als das zu erkennen, was sie sind – nämlich im besten Fall pauschale Vorverurteilungen und im schlimmsten gezielte Diffamierung. Überhaupt hat man den Eindruck, dass etliche Menschen in Deutschland nicht besonders gut mit der Vielzahl an Krisen umgehen können. Stattdessen suchen sie Zuflucht bei jenen, die einfache Antworten auf die zugegebenermaßen komplizierten Fragen unserer Zeit parat haben.

Zu beobachten ist dies in Dresden, wo sich jeden Montag vor UNESCO-prämierter Kulisse ein Trauerspiel in mehreren Akten vollzieht: Zunächst versammeln sich mit Flaggen und Transparenten ausgestaffierte Pegida-Anhänger in der Altstadt. Dann wird unter Anleitung des vorbestraften Hitler-Imitators Lutz Bachmann gegen die „Islamisierung des Abendlandes“

oder die „Lügenpresse“ agitiert. Den Schlussakt setzen einzelne Pegidisten, indem sie Journalisten oder Andersdenkende attackieren. Veranstaltung beendet, Vorhang zu – bis zum nächsten Montag. In Potsdam gibt es neuerdings auch einen Pegida-Ableger, für den sich die selbst ernannten Hüter deutscher Hochkultur den charmanten Namen „Pogida“ überlegt haben. Allerdings fanden sich in der brandenburgischen Landeshauptstadt bislang nur einige Dutzend versprengte Abendlandretter bereit, unter dieser Losung auf die Straße zu gehen. Wieder andere suchen ihr Heil bei dem rheinländischen Islamkonvertiten Pierre Vogel alias Abu Hamsa, der seit einem religiösen Erweckungserlebnis als Wanderprediger durch die Republik zieht. Seine Mission: dem ultrakonservativen Islam der Salafisten zum Durchbruch zu verhelfen – Zauselbärte und Pluderhosen inbegriffen.

Blickt man von der deutschen Innenpolitik zu unseren europäischen Partnern oder nach Brüssel, so ist die Lage kaum besser – es kriselt, wohin man sieht. Im Nordwesten droht Großbritannien – Stichwort „Brexit“ – von der Fahne zu gehen, da sich der von innenpolitischen Widersachern arg gebeutelte David Cameron mit einem Referendum über den weiteren Verbleib in der EU etwas Luft verschaffen möchte. Jenseits des Rheins, in Frankreich, gilt weiterhin der Ausnahmezustand, während sich Präsident Hollande – einst als „Wackelpudding“ verspottet – als knallharter Vorkämpfer im „Krieg gegen den Terrorismus“ inszeniert. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen hält sich Paris indes vornehm zurück und auch den jahrelangen Reformstau in Wirtschaft und Verwaltung geht man eher zögerlich an. Die neue polnische Regierung legt derweil einen Reformeifer an den Tag, der vielen im Land und darüber hinaus nicht mehr ganz geheuer ist. Selbstverständlich werde die Rechtsstaatlichkeit in Polen gewahrt, versicherte Ministerpräsidentin Szydło vor dem Europäischen Parlament. Die EU-Kommission mochte das so nicht bestätigen und leitete im Januar erstmals das „Rechtsstaatsverfahren“ gegen Warschau ein.

Kein Wunder also, dass vielerorts bereits ein Abgesang auf die Europäische Union angestimmt wird. Dabei ist fraglich, ob die aktuellen Krisen mit einer Rückkehr zur nationalen Kleinstaaterei bewältigt werden können. „Grenzen dicht und alle Fragen offen“ – so brachte es der *Deutschlandfunk* auf den Punkt. Es scheint daher ganz so, als ob auch 2016 als Krisenjahr in die Geschichte eingehen wird. Auf die Folgen für die Nervenkostüme hierzulande darf man schon jetzt gespannt sein. 🌐